



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/185

11. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Arbeiter - Banken	S.1
Stalins Helfershelfer	
-Die Träger der Macht in der SU -	S.3
Zur Bewaffnung der GCLC - Männer	S.6
Gastgeber FDJ	S.7

Kreditinstitute der Arbeitnehmer und Verbraucher

-R.D. In Anlehnung an die 1933 in die Bank der Deutschen Arbeit übergeführte "Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten" sind Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften gemeinsam zur Neugründung von Kreditinstituten geschritten. In Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt existieren bereits Banken für Gemeinwirtschaft. In München und Hannover Banken für Wirtschaft und Arbeit und am 14. August wird auch in Stuttgart eine solche Bank ihre Pforten öffnen.

Die Gründung solcher Regionalbanken ist nicht das von den Gründern angestrebte Ideal. Ihren selbst zentral aufgebauten Organisationen wäre eine Zentralbank lieber gewesen. Nach dem Besatzungsrecht ist eine solche Lösung zur Zeit jedoch nicht möglich. Auch die Kapitalausstattung dieser Institute - 980.000 DM Aktienkapital - entspricht nicht ihrer Bedeutung und den Vorstellungen ihrer Gründer. Sie ist durch das Kapitalverkehrsgesetz bedingt. Das Überschreiten der Millionengrenze hätte die Genehmigung der Homburger Kontrollstelle nötig gemacht und die Gründung weiterhin verzögert.

Die neu gegründeten Institute sind nicht Rechtsnachfolger der Bank der Deutschen Arbeit, obgleich sie von deren Cheftreuhänder mit ihrer Liquidation beauftragt sind. Das ist von aktuellem Interesse, da über die neuen Banken die Konten für Eisernes Sparen unter Berücksichtigung der Abwertung bis zum Betrage von 100 DM zur Auszahlung kommen. Die Aufgabe dieser Banken ist, die grossen Beträge der Gewerkschaften

und Genossenschaften, der Versicherungsinstitute der Arbeitnehmer und ihrer sonstigen Organisationen diesen Organisationen selbst und ihren wirtschaftlichen Einrichtungen nutzbar zu machen. Erwähnt seien hier nur die GEG-Betriebe, die gemeinwirtschaftliche Hochseefischerei-Gesellschaft und die gemeinnützigen Baugenossenschaften. Aber auch allen übrigen Wirtschaftszweigen und wirtschaftenden Einzelpersonen wollen die neuen Banken eine Hilfe sein.

Den Regionalbanken sollen Filialen an allen bedeutenden Orten des Landes angegliedert werden, um auch in den ländlichen Bezirken die Finanzkraft der Arbeitnehmer und Verbraucher über die Einrichtung von Bank- und Sparkonten nutzbar zu machen. Dass hier bedeutendere Reserven zum Einsatz kommen, zeigen bestens die Bilanzsummen der bestehenden Institute. So hat Hamburg in den ersten sechs Monaten seines Bestehens eine Bilanzsumme von 16 Mill. DM aufzuweisen. Frankfurt mit Filiale Kassel brachte es auf 8 1/4 Mill. DM und Düsseldorf mit mehreren Filialen im Ruhrrevier auf 28 Mill. DM. Vor 1933 hatte die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen Spareinlagenstand von 440 Mill. DM, das ist ungefähr der Jahreseingang aller Sparinstitute Westdeutschlands. Man hofft, diesen Betrag bald wieder zu erreichen und zu überschreiten.

Der DGB verbindet mit der Gründung dieser Banken ausserdem die Hoffnung, dass diese Institute neben ihrer praktischen Wirksamkeit eine gute Schule für Fragen der Mitbestimmung auch auf dem Gebiet des Finanz- und Kreditwesens sind. Sie werden in den noch ausstehenden schweren Kämpfen um die Frage des Mitbestimmungsrechtes, die Hans vom Hoff als DGB-Vorstandsmitglied und Mitglied des Aufsichtsrates der neu gegründeten Banken nahe bevorstehen sieht, eine ebenso entscheidende Rolle zu spielen haben, wie etwa hernach bei der Verwirklichung und Gestaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer.

- - -

Stalins Helfershelfer
- Von Bruno Kälning, Stockholm

Zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetunion ist jetzt eine eingehende Aufstellung über die Mitglieder der beiden Kammern des sogenannten Sowjetparlaments erschienen. Sie gibt einen interessanten Aufschluss über die Menschen, die im "Land der Arbeiter und Bauern" an den Hebeln der Macht sitzen.

Die Angaben erstrecken sich auf alle drei "Sowjetparlamente", die 1937, 1946 und 1950 gewählt wurden. Der Oberste Rat ist eine große Körperschaft. Der Unionsrat hatte 1937 569 und der Nationalitätenrat 574, zusammen 1.143 Abgeordnete. 1946 waren es 682 bzw. 657 Abgeordnete. Der 1950 gewählte Oberste Rat hat insgesamt 1.316 Abgeordnete, von denen 678 auf den Unionsrat und 638 auf den Nationalitätenrat entfallen.

Obgleich in der Sowjetunion das Einpartei-System besteht, wird bei allen Wahlen auch eine Anzahl von Parteilosen in den Obersten Rat gewählt. Aus propagandistischen Gründen werden sogar alle Kandidaten als Vertreter eines nicht bestehenden "Blockes der Kommunisten und Parteilosen" vorgestellt. Natürlich bestimmt die Parteileitung, wer "parteiloser" Kandidat wird. 1937 waren 19%, 1946 16% und 1950 sind nur noch 14% der Abgeordneten solche "Parteilose". Die Kommunisten brauchen immer weniger die "parteilose" Tarnung und die herrschende Bürokratie stützt sich ausnahmslos auf das Parteibuch. Andererseits besagen diese Daten, dass die russischen Kommunisten, die nur etwa 3% der Bevölkerung bilden, 86% der Sitze des Parlaments innehaben.

Wichtiger sind die Angaben über die soziale Struktur des Obersten Rates. Nach der offiziellen Terminologie gibt es drei soziale Schichten: Arbeiter, Bauern und die Intelligenz. Zu den letzteren gehören nicht nur die Wissenschaftler, Künstler usw., sondern auch die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Die Arbeiter hatten 1937 45%, 1946 42% und 1950 35% der Abgeordneten; die Bauern (gemeint sind Kolchosbauern) hatten in denselben Jahren 24%, 22% und 18%;

die Beamten waren aber durch 31,36 und 47% der Abgeordneten vertreten. Der Anteil der Bürokratie wächst also von Wahl zu Wahl. Hinzu kommt, dass nur ein Teil der Arbeiter und Bauern heute noch direkt in der Produktion arbeitet. Viele davon sind Partei- oder Staatsbeamte geworden, also keine Handarbeiter mehr, werden aber als solche geführt. Dennoch zeigt ein genaues Studium der Statistik, dass von den 678 Abgeordneten des Unionrates des Obersten Rates nur 69 (10%) manuelle Arbeiter sind. Im englischen Unterhaus sind 14% aller Abgeordneten Handarbeiter. Auffallend gering ist auch die Zahl der Abgeordneten, die Funktionäre der Gewerkschaften sind. Nur 13 Deputierte von 1311 (beide Kammern) oder 0,9% sind Vertrauensleute der russischen Gewerkschaften! Die 28,5 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind also im Sowjetparlament fast total ignoriert. Außer dem sind aber alle Arbeiter-Abgeordneten ausschliesslich Stachanovisten, deren Lebensstandard hoch über dem der grossen Masse steht. In den Betrieben haben sie eine Beamtenstellung, d.h. sie leisten die Arbeit von Technikern oder Meistern. Von den als Bauern registrierten 70 Abgeordneten sind nicht weniger als 63 Vorsitzende von Kolchosen, also gutbezahlte landwirtschaftliche Beamte.

In den Revolutionsjahren 1917-1920 betrug der Anteil der Arbeiter und Bauern am allrussischen Räte-Kongress etwa 90%, heute höchstens 20%. Die Zahlen sind besonders erdrückend, wenn man in der gleichen Sowjet-Enzyklopädie liest, dass 1947 die Bauern 49,7% und die Arbeiter 34%, zusammen also 83,7% der Einwohner in der Sowjetunion ausmachten. Das bedeutet also, dass die stalinsche Diktatur allmählich die Arbeiter und Bauern aus der Führung des Landes verdrängt hat. Der Sowjetstaat, der sich noch immer unbegründet "Arbeiter und Bauernstaat" nennt, wird nicht mehr von Bauern und Arbeitern regiert.

Ihren Platz haben die Sowjetbeamten eingenommen. Ihr Anteil ist in den letzten 13 Jahren von 31% auf 47% gestiegen. Rechnet man zu den Beamten auch die ehemaligen Arbeiter und Bauern, die nunmehr schon seit vielen Jahren Sowjetbeamte geworden sind, dann bilden die neuen Sowjetbürokraten schon 80% der Abgeordneten des Obersten Rates.

Diese sind heute die wirklichen Herrscher in Russland. Von der grossen Masse der Bevölkerung vertreten sie aber kaum 17%. Die 187 Parteifunktionäre stellen dabei das grösste Kontingent. Es sind dies die Mitglieder des Politbüros, des Zentral-Komitees, die Sekretäre der Partei in den verschiedenen Republiken, den Kreisen und grösseren Städten. Die nächstgrösste Kategorie sind die 172 leitenden Sowjet-Beamten - ein Teil der zentralen und lokalen Minister, die mächtigen Vorsitzenden der Kreissowjets und der städtischen Sowjets. Unter ihnen bilden die höheren Beamten der beiden Polizeiministerien MVD und MGB eine starke Gruppe. In beiden Kammern des Rates sind nämlich insgesamt 30 Polizeibeamte vertreten, das sind 3% der Abgeordneten. Im Sowjetparlament gibt es also dreimal so viel Polizisten wie Gewerkschaftsvertreter. Etwa gleich gross (29) ist die Gruppe der Offiziere, ausschliesslich Marschälle und Generale. Dazu kommen noch die 49 Leiter der sowjetischen Wirtschaft, meistens Direktoren der verschiedenen Trusts und Grossbetriebe, sowie einige bekannte Ingenieure. Zu diesen oben angeführten Gruppen der direkten Beamten gehören 440 Abgeordnete des Unionrates, also 67%. Die übrigen Abgeordneten der Beamtengruppe sind die Vertreter der meist staatlich angestellten Sowjetintelligenz mit 99 Mandaten. Rechnet man beide Kategorien (direkte Beamte und die bestallten Intellektuellen) zusammen, dann sind die Sowjetbürokraten im Unionsrat mit 539 von 678 Abgeordneten vertreten.

In den Revolutionsjahren dominierte in den Sowjets die Jugend. Nach 1937 bildeten die unter 30 Jahren alten Abgeordneten 20% des Obersten Rates; heute sind es 4%. Auch die Zahl der 31-40 Jahre alten Deputierten ist von 48% auf 21% zusammengeschmolzen. Dagegen sind die älteren Gruppen stark gewachsen: die 41-50 Jahre alten sind von 24 auf 56% und die über 50 Jahre alten von 8% auf 19% gestiegen. Die Stabilisierung der Diktatur hat also das Alter der Sowjetbürokraten gehoben. - Die regierende Schicht der Sowjetunion ist eine medaillierte Gesellschaft geworden. 93% aller Abgeordneten sind Träger von einem oder mehrerer Orden. Fast alle sind uniformiert, denn auch die meisten zivilen Ministerien haben Uniformen für ihre Beamten eingeführt. Das heftige "Sowjetparlament" ist daher eine von Gold, Epauletten und Orden strahlende Versammlung wie sie keine Volksvertretung der Welt sonst bietet.

"Zivile" Arbeitsorganisation mit Gewehr.

sp. Diese Überschrift ist kein Paradox, sondern ernste Wirklichkeit. Die Absicht der Besatzungsmächte, nach der Industrie-Polizei der amerikanischen Zone auch die Gruppen der Deutschen Zivilen Arbeitsorganisation (GCLO) zu bewaffnen, trägt in ihrem Schoss so viele negative Momente, dass man nur hoffen kann, der Widerstand aller in Betracht kommenden Faktoren gegen diese Maßnahme möge gross genug sein, um ihre Durchführung zu verhindern:

35000 deutsche Männer - unter Führung ehemaliger deutscher Offiziere- die völlig der Einwirkung deutscher Stellen entzogen sind, werden bewaffnet. Sie unterstehen einsatzmässig und disziplinar heute der Besatzungstruppe und es ist anzunehmen, dass sich dieses Abhängigkeitsverhältnis noch verschärfen wird. Es entsteht also aus einer bisher zivilen Arbeitstruppe ein Hilfswilligenkorps, das wieder brav exerzieren wird und von der Besatzungsmacht da eingesetzt werden kann, wo unter Umständen der Ruf ertönt: "The Germans to the front!"

Um etwaige innere Unruhen zu unterdrücken, bedarf es nicht eines Hilfswilligenkorps. Das ist Aufgabe der Polizei. Sollte man sie für zu schwach halten, so baue man sie aus und gebe ihr bessere Waffen.

In den Reihen der Arbeitsorganisation selbst- die in ihrer jetzigen altersmässigen Zusammensetzung garnicht für den Waffendienst geeignet wäre - ist ein recht kräftiger Widerstand gegen dieses Hiwi-Dasein zu spüren. Selbst Kreise, die bisher ängstlich darauf bedacht waren, ihre "Männer" aus dem "Parteiengenzänk" herauszuhalten, bitten jetzt die Parteien, gegen die Bewaffnung ihren Einfluss geltend zu machen. Ein deutliches Zeichen dafür, dass der Widerstand bei den GCLO-Arbeitern so stark ist, dass die Führung sich lieber der Gefahr einer fristlosen Kündigung aussetzt, als sich den Unwillen ihrer Arbeiter zuzuziehen.

Ist die Aufstellung eines Hilfswilligenkorps aber nicht zu verhindern, so sollten Bundes- und Länderregierungen rechtzeitig Massnahmen ergreifen, damit die GCLO-Arbeiter, die die Entlassung einem

Leben als Hiwi vorziehen, in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Es wird sich dabei um Männer aller Alters- und Berufsgruppen handeln. Sie dürfen nicht zum Dank für ihre im Grundgesetz sanktionierte pazifistische Haltung vor die Stempelstellen gejagt oder in die Flüchtlingslager getrieben werden. Hier werden Regierung und Unternehmer Gelegenheit haben, ihre so oft betonte soziale Gesinnung unter Beweis zu stellen.

Wir wollen keine Verbindungen zwischen der immer noch hohen Arbeitslosigkeit und dieser Aktion herstellen, eins aber müssen wir feststellen: Hätten wir die von uns oft und oft geforderte Vollbeschäftigung, könnten sich die Besatzer Hilfwillige mit der Latzine suchen.

- - - - -

Nachrichten aus der Sowjetzone.

Gastgeber FDJ

.....

sp. Im Zuge der verstärkten kommunistischen Aktivität in Westdeutschland geht die kommunistische FDJ jetzt in steigender Masse dazu über, Verbindung zu westdeutschen Jugendlichen aufzunehmen.

Wie das Ostbüro der SPD mitteilt, versendet das Zentralbüro der westdeutschen FDJ in Frankfurt/Main an Jugendliche, vor allem an die Gewerkschaftsjugend, Einladungen zu einem Urlaubsaufenthalt in der Ostzone. In einem beigefügten Fragebogen werden die Personalien der Jugendlichen gefordert. Es ist selbstverständlich, dass die kommunistische FDJ diesen Erholungsaufenthalt nicht ohne "Gegenleistung" ermöglicht. Die Jugendlichen werden in diesen Erholungsheimen von FDJ-Funktionären "betreut" und sollen nach ihrer Rückkehr als sogenannte "Friedensaktivisten" oder "Friedenspartisanen" eine prokommunistische Tätigkeit entfalten.

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau